

Rein in die Krise, raus aus der Krise

Was man gegen die Wirtschaftskrise tun sollte und was nicht

von
Egbert Scheunemann

Stand: 10. April 2009

„Das Defizit der USA nimmt immer gigantischere Dimensionen an. Nach einer neuen Schätzung des Kongresses fehlen dem Haushalt allein in diesem Jahr 1,8 Billionen Dollar. Für 2010 befürchten die Experten ein Minus von 1,4 Billionen Dollar. Den Staat **zwingt** das zu einer **Rekordkreditaufnahme**.“¹

Das sind die Meldungen, die nachdenklich machen. Die Redaktion des Staatssenders kommt schon gar nicht mehr auf die Idee, dass es einen anderen Weg aus dem Defizit und aus der Krise geben könnte als den über eine, um das Wortungetüm zu übernehmen, „immer gigantischere“ Staatsverschuldung – ob nun in den USA, in Deutschland oder sonst wo. Und sie steht mit dieser volks- und weltwirtschaftlich hochgefährlichen Fehleinschätzung leider nicht allein, wie eine auch nur halbwegs aufmerksame Zurkenntnisnahme der Verlautbarungen von Politikern, sogenannten Wirtschaftswissenschaftlern und -experten oder auch der Lohnschreiber aus der bis gestern noch neoliberal gleichgeschalteten Bürgerpresse samt ihrer netzbasierten Wurmfortsätze erweist. Natürlich ist man etwas weiter rechts im politischen Spektrum schon immer etwas kritischer gewesen in Sachen Staatsverschuldung. Aber wenn's denn sein muss, dann schütteln selbst Liberale und Konservative (Sozialdemokraten waren, wie bei fast allem, bei dem sich in gebückter Haltung jemals mitlaufen ließ, natürlich auch dabei) mal eben fast 500 Milliarden Euro aus dem Schuldenärmel und peitschen einen entsprechenden Finanzmarktstabilisierungsfonds durch das Gesetzgebungsverfahren in einer Geschwindigkeit, dass einem nur schwindlig werden konnte. Denn eben jene Politiker taten dies, die noch kurz davor auf allen vieren vor dem Altar namens Staatsschuldenabbau und Haushaltskonsolidierung krochen und im feuchten Kasernenhoftönen verlauten ließen, dass kein müder Euro in der Staatskasse zu finden sei für eine Erhöhung etwa des ALG-II oder anderen Sozialklimbim.

Dass man die sich mehr und mehr zur allgemeinen Wirtschaftskrise ausweitende Finanzmarktkrise, die zuvörderst eine Finanz*kredit*marktkrise war und ist und die ganz richtig – faktisch wie sinnbildlich – als Platzen einer

¹ www.tagesschau.de (21. März 2009; Herv. E.S.).

(diesmal wirklich) gigantischen Kreditblase beschrieben wurde, mit etwas anderem als dem – nur diesmal von Staats wegen betriebenen – Aufpumpen einer neuen, noch „gigantischeren“ Kreditblase bekämpfen könnte, das liegt anscheinend außerhalb des Denkmöglichen oder zumindest dessen, was gesagt und geschrieben werden darf, ohne (im Falle der Journaille) das Geschäft mit der Anzeigenkundschaft zu versauen oder (im Falle der Politiker und Parteien) die spendende Wirtschaft zu vergraulen.

Staatsschulden – nicht das eigentliche Problem, aber Induktionskern einer neuen Kreditblase

Versuchen wir, das Denkmögliche oder Verbotene Schritt um Schritt, also quasi zum Mitschreiben und Mitdenken herzuleiten:

Was geschieht, wenn der Staat Schulden macht? Er leiht sich, ganz einfach, Geld bei jenen, die Geld haben. Und wer hat Geld? Natürlich die, noch einfacher, die Geld haben – die Geld *übrig* oder *über* haben. Das sind tendenziell die Reicheren und Reichen. Der Staat bekommt also von den Reicheren und Reichen auf Zeit Teile ihres Geldes – und die Reicheren und Reichen bekommen vom Staat, ganz allgemein formuliert, Schuldscheine, also *Wertpapiere* (sprich: Papiere, die etwas wert sind) in welcher Form² auch immer – und natürlich die Zinsen, die darauf bezahlt werden.

Das Problem sind dabei nicht die Staatsschulden selbst, weil volkswirtschaftlich jeder Schuld ein Vermögen (eben die Wertpapiere), also jedem Schuldner ein Vermögenger gegenübersteht.³ Und Staatsschuld-papiere bzw. ‚Staatsschuldwertpapiere‘ sind sogar mündelsicher, also so sicher wie kein anderes Wertpapier (Aktien etc.). Zudem zahlt der Staat diese Staatsschulden langfristig gesehen in erheblichem Grade nicht zurück – er bekommt nämlich Steuern, wenn Staatswertpapiere verzinst, gehandelt, vererbt oder als Vermögen veranlagt werden, und er hat auch die Inflation auf seiner Seite.

Das Problem ist, dass diese Staatswertpapiere als *Sicherheiten für neue Kredite* genutzt werden können – und aller Erfahrung nach genutzt werden. Das Problem ist also, dass das Auftürmen einer (wiederum wirklich) gigantischen Staatsverschuldung nicht nur *per se* zum Aufpumpen einer neuen Kreditblase führt, sondern dass es *vor allem* über die Induzierung neuer Kreditschöpfungsketten zur exponentiellen bis explosiven Vergrößerung dieser Kreditblase beiträgt – über die der Staat, weil die Kreditschöpfungsketten in der privatwirtschaftlich organisierten Finanzwelt ablaufen, keinerlei Kontrolle mehr hat. Genau solche hypertrophierenden Kreditschöpf-

² Konkret sind das Bundesschatzbriefe, -schatzanweisungen, -obligationen oder -anleihen.

³ Vgl. dazu detaillierter meinen Artikel „Mythos Schuldenfalle“ (www.egbert-scheunemann.de/Mythos-Schuldenfalle.pdf).

fungsketten waren aber die Ursache der derzeitigen Finanzmarktkrise. Und es sei betont: Wenn es die Finanzwelt schon schaffte, hochgradig faule Kredite (jene berühmt-berüchtigten ‚Subprimes‘⁴) gebündelt in ‚Wertpapiere‘ zu verwandeln (also zu ‚verbriefen‘) und damit neue ‚Sicherheiten‘ zu schaffen für immer neue Kredite – wie erst mit einem „immer gigantischen“ Berg mündelsicherer Staatspapiere?

Wer übrigens auf die Idee kommen sollte, dass man genau in diesen Prozess regulierend eingreifen könnte und sollte, der sei daran erinnert, dass tendenziell *jeder*, also auch jeder *realwirtschaftliche* Gegenstand (Grundstück, Haus etc.) im Kreditgeschäft immer nur in seiner *verbrieften Form* erscheint, nämlich in Form irgendeines Eigentumstitels – etwa als Hypothek (auf ein Haus oder ein Grundstück). Den Banken (ob privaten oder staatlichen, ist in diesem Kontext völlig gleichgültig) die Möglichkeit zu nehmen, Eigentumstitel, also *Wertpapiere* in welcher (gesetzlich erlaubten) Form auch immer als Kreditsicherheit zu nehmen, würde also einfach bedeuten, faktisch das gesamte Kreditgeschäft abzuschaffen.

Finanzielle Staatsintervention ohne Staatsverschuldung

Welche Möglichkeiten hat der Staat aber, aus dem Staatsdefizit und aus der Krise herauszukommen jenseits des Auftürens „immer gigantischerer“ Staatsschulden?

Nun, er kann sich zum Ersten das Geld der Reicheren und Reichen, das er momentan in Form von Krediten einsammelt, auch einfach direkt über Steuererhöhungen abholen, indem er (vor allem höhere und hohe) Einkommen, Zinsen, Dividenden, Kursgewinne, realwirtschaftliche Gewinne, Vermögen und Erbschaften weit höher besteuert als bislang. Damit würde er beiläufig auch die Masse an Geld verringern, die Anlage suchend immer wieder die internationalen Finanzmärkte aufbläht. Wenn er zusätzlich eine saftige Umsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte (Handel mit Aktien, allen anderen Wertpapieren und auch mit Devisen) einführt, würde er zusätzlich Geld einnehmen und hysterische Aufschaukelungsprozesse an den Börsen unterbinden.

Die zweite Möglichkeit für den Staat, schuldenfrei an Geld zu kommen, um das Staatsdefizit und die Wirtschaftskrise zu überwinden, ist oder wäre (nach entsprechenden gesetzlichen Änderungen), dass Zentralbankgeld (über den Umweg privater oder öffentlich-rechtlicher Banken) nicht in Form von verzinslichen Krediten in die Staatskassen geleitet wird, sondern nach dem Muster, nach dem schon heute Gewinne der Zentralbank zins-

⁴ Vgl. meinen Artikel „Realsatire. Anmerkungen zur internationalen Finanzmarktkrise und zur dümmsten Theorie aller Zeiten“, speziell S. 8 (www.egbert-scheunemann.de/Realsatire-internationale-Finanzmarktkrise-Scheunemann.pdf).

und schuldenfrei direkt auf die Konten des Staates überwiesen werden. Derzeit wird neues Geld (im Rahmen der Vorgaben der EZB)⁵ von den Zentralbanken in Form einer Kreditgewährung an die Geschäftsbanken geschaffen bzw. ‚geschöpft‘. Jedes neue Geld kommt im gegebenen System also als *neue Schuld* ins Leben. Und genau das *muss* nicht sein. Die Zentralbanken könnten das neue Geld auch einfach schuld- und zinsfrei an den Staat überweisen. Solange das *im Rahmen* der weiter und *allein* von den Zentralbanken betriebenen restriktiv-inflationsvermeidenden Geldmengenspolitik betrieben werden würde (solange der Staat also nicht einfach selbstherrlich neues Geld bei der Zentralbank anfordern könnte), bestünde keine größere Inflationsgefahr als heute auch.

Um einem möglichen Gegenargument gleich zu begegnen: Es stimmt, dass eine schuldenfreie Geldschöpfung nach dem eben beschriebenen Muster derzeit, also nach gegebener Gesetzeslage, nicht machbar ist (soweit ich zumindest informiert bin). Nur könnten die gesetzlichen Grundlagen, die das ermöglichen würden, in Windeseile, wie beim Durchpeitschen des Finanzmarktstabilisierungsfonds demonstriert, geschaffen werden – wenn man denn *wollte*.

Was der Staat mit den zusätzlichen Steuereinnahmen, dem Zentralbankgeld und auch ordnungspolitisch machen sollte...

Die historische Ursache für die derzeitige Finanzmarkt- und Realwirtschaftskrise ist die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben durch die neoliberale Wirtschaftspolitik. Ohne das teilweise märchenhafte Wachstum der Unternehmens- und Unternehmergewinne über lange Zeiträume hinweg, das (vor allem in Deutschland) bei stagnierender Massennachfrage (aufgrund stagnierender realer Masseneinkommen) nicht vollständig und sinnvoll in die Realwirtschaft reinvestiert werden konnte, wäre die Aufblähung der internationalen Finanzmärkte (die *dann* freilich auch ein Eigenleben entwickelten) nicht möglich gewesen. Um diesen Trend umzukehren, müssen kräftig steigende Staatseinnahmen, die aus einer massiven Erhöhung der Steuern auf vor allem höhere und höchste Einkommen und Vermögen und aus der Einführung einer saftigen Börsenumsatzsteuer resultieren, umgeleitet werden in eine Stärkung der Massenkaufkraft und des Massenkonsums durch Erhöhung der Sozialeinkommen (ALG-II, Sozialrenten, BAföG etc.) und der öffentlichen Investitionen (für den ökologischen Umbau des Verkehrs- und Energieversorgungssystems, den Ausbau des Bildungssystems oder der informationstechnischen Infrastruktur etc.).

⁵ Die Geldmenge sollte nach der derzeit von der EZB (Europäischen Zentralbank) vorgegebenen Referenzrate pro Jahr mit ca. 4,5 Prozent wachsen. Real wurden und werden jedoch oft 10 und mehr Prozent erreicht.

Die steuerliche Austrocknung der Finanzströme, die bislang auf die internationalen Märkte flossen und dort nur Schaden anrichteten, und die Umlenkung der entsprechenden Finanzmassen ins realwirtschaftliche System könnten so zu einer regelrechten Blüte der Ökonomie führen – und zwar in Richtung einer staatlich und damit demokratisch gelenkten, sozial und ökologisch verantworteten Ökonomie.

Im Maße der Austrocknung der internationalen Finanzströme würde das gegebene privatrechtlich organisierte Finanzsystem einfach überflüssig werden. Das Banken- und Kreditsystem könnte so auf seine eigentlichen, volkswirtschaftlich sinnvollen Funktionen zurückgeführt werden: die Gewährleistung des Zahlungsverkehrs sowie das Einsammeln von Ersparnissen und ihre Verwandlung in Kredite für Investoren oder Konsumenten. Um diese volkswirtschaftlich sinnvollen Funktionen erfüllen zu können, bedarf es eines *privaten* Banken- und Kreditsystems übrigens *nicht*.⁶ Die gegenwärtige Finanzmarktkrise wäre eine wunderbare Gelegenheit gewesen, das gesamte Banken- und Kreditsystem unter öffentlich-rechtliche Kontrolle zu bringen. Der Staat hätte, statt seinen schuldenfinanzierten Bankenschutzschirm aufzuspannen, einfach eine Bank nach der anderen Pleite gehen lassen und sie dann, wie man sagt, für'n Appel und'n Ei übernehmen sollen – um *nach* dieser Übernahme für alle Spareinlagen und Verbindlichkeiten der betreffenden Bank zu garantieren und damit einen finanziellen und realwirtschaftlichen Flächenbrand zu verhindern (und um, das sollten wir auch nicht vergessen, zukünftig Gewinne zum Wohle Aller erwirtschaften zu lassen).

... und was er nicht tun sollte

Vorab: Von keiner Seite, nicht von der FDP oder von den Wirtschaftsverbänden und auch nicht von den üblichen Verdächtigen wie Hans-Werner Sinn, Norbert Walter oder Meinhard Miegel, hörte man bislang irgendeine Forderung in Richtung weiterer Lohnkürzung oder Fortsetzung des Sozial-

⁶ Um der Kürze halber nur aus meinem in Fußnote 4 schon genannten Artikel „Realsatire“ zu zitieren: „Was wir brauchen, ist ein öffentlich-rechtlich organisiertes und damit demokratisch kontrolliertes Sparkassensystem, das Kredite an private, öffentliche, genossenschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Investoren und an private Konsumenten nach ökonomisch, aber auch sozial und ökologisch sinnvollen Kriterien vergibt und dem jede Schaffung und jeder Handel mit Geldderivaten verboten wäre. Der Preis für bislang an privat organisierten Börsen gehandelte Wertpapiere und Waren müsste zukünftig an ebenso allein öffentlich-rechtlich organisierten Börsen von staatlich angestellten und kontrollierten Wirtschaftsfachleuten je nach Angebot und Nachfrage ausgehandelt und festgesetzt werden. That's it. Mehr braucht es nicht, um die reale Ökonomie erfolgreich zu finanzieren und ökonomisch, sozial und ökologisch sinnvollen Entwicklungsperspektiven zu unterwerfen. Alles andere, also private Banken, Börsen und Spekulanten, ist so notwendig wie ein Kopfschuss.“ S. 11 f.

staatsabbaus.⁷ Man scheint so langsam und andeutungsweise begriffen zu haben, was man in den letzten zwei Jahrzehnten angerichtet hat durch die Forderung und Unterstützung permanenter Lohndrückerei, Sozialleistungskürzungen und steuerlicher Gewinnentlastung. Die Renten wurden 2009 sogar zum ersten Mal seit Jahren spürbar erhöht, und auch viele der bislang erfolgten Tarifabschlüsse werden zu Reallohnsteigerungen führen (vor allem vor dem Hintergrund der tendenziell deflationären Situation), also zur Belebung von Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung.

Aber ansonsten scheint man nicht viel begriffen zu haben. Betrachtet man das sogenannte Konjunkturpaket II etwas genauer, dann sind eigentlich nur *drei* der beschlossenen 14 Einzelmaßnahmen als *direkte* Förderung von Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung zu werten: die einmalige Zahlung an Kindergeldempfänger, die berühmte-berühmte Abwrackprämie und das Zukunftsinvestitionsprogramm der öffentlichen Hand von lächerlichen 14 Milliarden Euro – die auch noch verteilt werden auf zwei Kalenderjahre. Alle anderen Maßnahmen *können* das Wirtschaftswachstum fördern (Ausweitung der Exportbürgschaften, Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts etc.), *wenn* sie auf eine insgesamt expansive Gesamtsituation treffen. Von der sind wir krisen- und politikbedingt aber gerade Lichtjahre weit entfernt. Und die Abwrackprämie, die wünschenswert nur wäre, nutzte man sie zur Entsorgung aller (plötzlich) ehemaligen Einpeitscher des Neoliberalismus in Politik, Medien und sogenannter Wirtschaftswissenschaft, wird maximal zu einem kurzfristigen Strohfeuer führen (wie auch die 100 Euro Einmalzahlung an alle Kindergeldbezieher) und in dem Maße, wie sie kurzfristig den Kauf neuer Autos anreizt, deren Absatz mittelfristig vereiteln.⁸

Die Senkung des Eingangsteuersatzes von 15 auf 14 Prozent und die Anhebung des Grundfreibetrages um 170 Euro auf 7.834 Euro im Jahre 2009 und auf 8.004 Euro im Jahre 2010 klingen erst mal gut – und diese Maßnahmen *sind* auch gut für die Konjunktur, weil sie *auch* zu einer *kontinuierlichen* Entlastung *kleiner* Einkommen führen (und nicht nur zu einem kurzfristigen Strohfeuer), deren Konsumquote extrem hoch und deren Sparquote extrem gering oder gar negativ ist. Aber diese Maßnahmen schließen genau die Menschen aus, die *gar kein* reguläres Einkommen haben, son-

⁷ Inzwischen fanden zumindest die Kapitalvertreter zu alter Form zurück: „Arbeitgeberverband fordert Lohnverzicht (gemeint ist konkret der Verzicht auf *Lohnerhöhungen*; E.S.)“ (www.tagesschau.de, 4. April 2009). Die Wirtschaftskrise, Folge jahrzehntelangen Lohnverzichts, märchenhafter Gewinnsteigerungen und der Verwandlung dieser in global vagabundierendes Finanzkapital, hatte sie zumindest ein halbes Jahr mundtot gemacht. Jetzt geht der ganze Unsinn von vorne los. Diese Leute haben nichts begriffen, nichts.

⁸ Es ist übrigens schier unglaublich, wie hier eine ganz bestimmte, hochgradig umweltschädliche Verkehrstechnologie und eine ganz bestimmte gesellschaftliche Gruppe staatlich unterstützt wird – und nicht etwa auch die Gruppe der Bahn- und Radfahrer oder auch der Fußgänger!

dern von ALG-II oder BAföG leben müssen. Zudem führen die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Senkung des Eingangssteuersatzes zu einer sogenannten Rechtsverschiebung der gesamten Steuerprogressionskurve – und davon profitieren die höchsten Einkommen, also jene mit der geringsten Konsumquote und der höchsten Sparquote am meisten! Das ließe sich nur verhindern, wenn der Spitzensteuersatz entsprechend *erhöht* werden würde (am besten auf seine alte Höhe von 56 Prozent). Aber genau das unterbleibt.

Was wir brauchen, sind nicht kurzfristig wirkende Konsumgutscheine in welcher Form auch immer (Abwrackprämie, einmalige Kindergeldzahlungen etc.), sondern eine kräftige und vor allem *bleibende* Steigerung aller kleinen Einkommen, auch durch Einführung eines gesetzlichen, jährlich angepassten Mindestlohns, und eine kräftige Erhöhung der Sozial- und Staatsquote, um drängende Zukunftsaufgaben in den Bereichen Umwelt, Bildung, Gesundheit oder Kinderbetreuung finanzieren zu können.

Die Krise wird bald überwunden sein – es sei denn...

Die ‚Experten‘ in den Wirtschaftsredaktionen der staatstragenden Medien und aus den ‚wirtschaftswissenschaftlichen‘ Instituten überschlagen sich im Moment mit Negativprophezeiungen in Sachen Wirtschaftsentwicklung – und berichtet die Presse nicht täglich von heftigen Auftragseinbrüchen in der Automobilindustrie⁹ oder im Maschinenbau? Nun, diese ‚Experten‘, darunter die sogenannten ‚Wirtschaftsweisen‘ des Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, haben noch ein halbes Jahr vor Ausbruch der Krise von einem soliden Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft insgesamt fabuliert. Und genau diese ‚Experten‘ waren es, die mit ihrer jahrelangen Hetze gegen Lohnempfänger, Gewerkschaften und Sozialstaat und ihrem unermüdlichen Werben und Wirken zugunsten einer Entfesselung der Märkte und des Kapitals die gegenwärtige Krise – in des Wortes direkter wie in indirekter Bedeutung – federführend vorbereitet und also letztlich zu verantworten haben.

Folgen wir also nicht dem Geschwätz dieser eigentlich bis auf die Knochen blamierten, faktisch aber fern aller Selbstkritik an ihren Stühlen klebenden ‚Experten‘ – sondern klarem Denken: *Solange* die Menschen in diesem Lande ihre Löhne und Sozialeinkommen ausbezahlt bekommen und brav ihre Mieten und Stromrechnungen, ihre Einkäufe in Supermärkten und Warenhäusern und auch ihre Steuern bezahlen und *solange* sich nicht wie-

⁹ Das durch die Abwrackprämie entfachte Strohfeuer führt zwischendrin natürlich auch zu solchen Meldungen: „Sonderschichten statt Kurzarbeit bei Ford in Köln.“ (www.tagesschau.de; 10. April 2009)

der jene politisch durchsetzen, die behaupten, wir müssten durch Lohnzurückhaltung und neue Kürzungsrunden im Sozialbereich die Krise Kosten deckelnd überwinden – *solange* besteht kein vernünftiger Grund, warum die derzeitige Wirtschaftskrise nicht genauso schnell wieder überwunden sein sollte, wie sie über uns hereingebrochen ist. Die derzeitigen, teilweise in der Tat heftigen Einbrüche in der Auftragslage vieler Industriezweige sind ein völlig normaler Vorgang in der Anfangsphase jeder tiefen Wirtschaftskrise. Viele halten sich mit Investitionen und dem Kauf langlebiger Konsumgüter zurück, weil sie verunsichert sind und vorerst lieber ihr Geld horten, als es für Investitionsgüter oder größere Konsumanschaffungen auszugeben. Nur – diese Zurückhaltung kann nur so lange aufrechterhalten werden, bis der weitere Aufschub des Kaufs einer neuen Werkzeugmaschine, eines neuen Lieferwagens, eines neuen Büro-PCs nicht die gesamte Produktion gefährdet. Die derzeitige Kaufzurückhaltung bei Investitions- und langlebigen, also tendenziell teureren Konsumgütern wird dann durch einen regelrechten Kauf- und Auftragsboom abgelöst werden. So war es immer und so wird es wieder sein, weil es ebenso empirisch wie logisch zwingend ist – *solange*, wie gesagt, nicht wieder die Vertreter einer neuen Kaputtsparpolitik ans politische Ruder kommen.

In spätestens einem Jahr werden sich unsere ‚Experten‘ also wundern, warum denn plötzlich die Wirtschaft wieder brummt und womöglich so heftig brummt wie nie zuvor (weil nachgeholt werden muss, was jetzt liegen bleibt). Sie werden – die Wette gilt – mal wieder falsch gelegen und ich werde mal wieder recht behalten haben.¹⁰ Aber ich fürchte, dass diese ‚Experten‘ auch dann nicht auf ihre hoch dotierten Posten in Politik, Medien und sogenannter Wirtschaftswissenschaft verzichten werden – das würde ja Reste an Selbstachtung und Selbstkritikfähigkeit voraussetzen. Also werde auch ich mein freischaffendes Hungerdasein als ihr zäher Kritiker fortsetzen müssen.

¹⁰ In meinem Buch „Der Jahrhundertfluch. Neoliberalismus, Marktradikalismus und Massenarbeitslosigkeit. Eine allgemeinverständliche Erklärung der Zusammenhänge“, das erstmals 2003 erschien, habe ich den neoliberalen Weg in den Abgrund dezidiert beschrieben und vorausgesagt – nachlesbar. Einen kurzen entsprechenden Artikel hatte ich im gleichen Jahr erstmals online gestellt: „Der neoliberale Weg in den Abgrund. Marktradikalismus, Lohndrückerei und Kürzungen der Sozialausgaben als Ursachen der Massenarbeitslosigkeit.“ www.egbert-scheunemann.de/Der-neoliberale-Weg-in-den-Abgrund.pdf